

Berlin intern



**Informationsschrift des
CDU-Bundestagsabgeordneten Erich G. Fritz
für den Wahlkreis Dortmund II**

Union wirbt für privilegierte Partnerschaft mit der Türkei

Die Europäische Union und die Türkei haben sich auf einen Beschluss zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober 2005 verständigt. Voraussetzung für die Einigung war aus EU-Sicht, dass die Türkei die Eigenständigkeit der Republik Zypern akzeptieren wird. Ziel der Verhandlungen ist eine EU-Mitgliedschaft der Türkei, deren frühester Beitritt nicht vor 2015 erwartet wird.

Vor dem Beschluss der EU-Staats- und Regierungschefs über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei hatte die Partei- und Fraktionsvorsitzende Merkel gefordert, das Unions-Konzept einer privilegierten Partnerschaft als Auffangposition in die Beratungen einzubeziehen. Aus Sicht der Union muss es diese Alternative geben, weil ein Scheitern der Verhandlungen eine politische Katastrophe für die Türkei wie für die EU wäre.

Schuldig geblieben ist die Bundesregierung eine Antwort, wie sie sich eine Zukunft der Europäischen Union vorstellt. Soll sie eine politische Union, ein geostrategisches Bündnis oder lediglich eine Freihandelszone sein?

Für die Union bleibt es dabei: mit der in Aussichtstellung einer privilegierten Partnerschaft würde der Tatsache Rechnung getragen, dass die Türkei die Kopenhagener Kriterien für einen Beitritt derzeit nicht erfüllt, da es derzeit immer noch Folter und keine Religionsfreiheit gibt. Auch die Integrationsfähigkeit der Euro-

päischen Union ist Bestandteil dieser Kriterien. Nach geographischer Ausdehnung, Bevölkerungszahl, nationaler und kultureller Identität, ökonomischer und politischer Struktur ist die Türkei aber keinesfalls mit den bisherigen Beitrittsländern zu vergleichen.

Es ist nicht redlich, wenn die Bundesregierung so tut, als könne man fünf, zehn Jahre verhandeln, um dann vor der Entscheidung zu stehen, Vollmitgliedschaft oder Scheitern. Unredlich ist auch die Argumentation der Regierungskoalition, die privilegierte Partnerschaft bedeute ein glattes Nein gegenüber der Türkei. Gerade das Unions-Konzept ermöglicht "einzigartige Beziehungen" zwischen der EU und der Türkei.

Die EU ist jetzt gut beraten, die Verhandlungen ergebnis- und optionsoffen zu führen. Am Ende könnte eine privilegierte Partnerschaft der rettende Ausweg sein.

CDU-Bundesparteitag in Düsseldorf:

Die Beschlüsse im Kurzüberblick

Die CDU hat auf ihrem Düsseldorfer Parteitag den Kurs bis zur Bundestagswahl 2006

Kontakt

Erich G. Fritz MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227-73111
Fax (030) 227-76733
erich.fritz@bundestag.de
www.erich-fritz.de

abgesteckt. Sie ist damit gut aufgestellt, um gegen Rot-Grün in den Ländern und im Bund zu kämpfen und sich den Menschen in Deutschland als klare Alternative zu präsentieren.

Die wichtigsten Beschlüsse finden Sie im Überblick:

Gesundheit: Der CDU-Parteitag votierte für das Konzept der Gesundheitsprämie, wonach jeder Versicherte eine Prämie von 109 Euro zahlen soll.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik: Unter dem Motto „Arbeit, Wachstum, Wohlstand“ beschloss die CDU ein wirtschaftspolitisches Programm, dessen zentraler Punkt die Lockerung des Kündigungsschutzes ist. Ziel ist es nicht, Arbeitnehmern den Kündigungsschutz wegzunehmen, sondern schnellere und vermehrte Einstellungen herbeizuführen.

Ausländerpolitik: Die CDU hat sich klar für eine bessere Integration von Ausländern ausgesprochen. Integration bedeutet, dass die aus der abendländisch-christlichen Tradition entwickelten Grundwerte, allen voran Menschenwürde, Gerechtigkeit, Solidarität, Freiheit und Gleichheit von Mann und Frau akzeptiert werden. Gefördert werden soll Integration mit Sprach- und Integrationskursen für Kinder und Erwachsene. Kenntnisse der deutschen Sprache sind für ein gemeinsames Miteinander unverzichtbar.

Auf der Homepage der CDU Deutschland (www.cdu.de) können Sie neben dem Antrag des Bundesvorstandes an den Parteitag und den Änderungsanträgen die von den Parteitags-Delegierten verabschiedeten Beschlüsse nachlesen.

Union und FDP erheben Normenkontrollklage gegen das Haushaltsgesetz 2004

Union und FDP haben in Karlsruhe eine Normenkontrollklage gegen den Bundeshaushalt 2004 erhoben. Aus Sicht der Kläger verstößt das Haushaltsgesetz 2004 gegen das Aus-

gleichsgebot des Art. 110 GG, aus dem sich Prinzipien von Haushaltswahrheit, Haushaltsklarheit und Vollständigkeit ergeben. Zugleich liegt ein Verstoß gegen die Begrenzung der Kreditaufnahme gemäß Art. 115 GG als auch gegen das Demokratiegebot gemäß Art. 20 GG vor. Dieser Schritt ist notwendig, weil die seit drei Jahren massiv zunehmende Verschuldung des Bundes nicht länger hingenommen werden kann.

Aufschwung in weiter Ferne

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erwartet in seinem Jahresgutachten 2004/2005 ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,4 % im kommenden Jahr. Die Arbeitslosigkeit werde auf hohem Niveau bleiben, das gesamtstaatliche Defizit 3,5 % des Bruttoinlandsprodukts betragen. Darüber hinaus rechnen die Sachverständigen mit einem Anstieg der Verbraucherpreise von 1,6 %.

Das Gutachten zeigt, dass jetzt vor allem im Gesundheitswesen, im Bildungssystem, beim Aufbau Ost und auf dem Arbeitsmarkt Handlungsbedarf besteht.

Bundesrat beschließt Dosenpfand

Der Bundesrat hat nach jahrelangem Streit dem neuen Dosenpfand zugestimmt. Damit wird ein einheitliches Zwangspfand von 25 Cent für umweltschädliche Einwegverpackungen von Bier, Mineralwasser und Sprudel sowie Alkopops und Tee beschlossen. Die Vereinfachungen werden zum Teil im Frühjahr 2005 und bei Alkopops und Eistee erst im Jahr 2006 wirksam.

Eigenheimzulage bleibt vorerst

Die umstrittene Eigenheimzulage bleibt vorerst erhalten. Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat hat seine Beratun-

gen zur Eigenheimzulage in das kommende Jahr vertagt. Damit ist die rot-grüne Koalition mit ihrem Vorhaben gescheitert, die Zulage für Neufälle schon zum 1. Januar 2005 zu streichen. Eine rückwirkende Abschaffung ist nicht möglich. Die beiden Verhandlungsführer, Volker Kauder (CDU) und Wilhelm Schmidt (SPD), wurden ermächtigt, Arbeitsgruppen im gegenseitigen Einvernehmen einzurichten.

Fritz im Plenum

In der Debatte „Deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit China und Indien zu einer Zusammenarbeit in Wirtschaft, Forschung und Ausbildung umbauen“ führte Erich G. Fritz aus, dass Anker- und Schwellenländern wie China und Indien wegen ihres wirtschaftlichen Gewichtes, ihres politischen Einflusses in der Region und ihrer zunehmenden Entschlossenheit, an internationalen Prozessen mitzuwirken, eine Schlüsselrolle zukommt. Diese Länder können zu Frieden, Stabilität und Wachstum in ihrer Region beitragen. Damit dies so bleibt, muss die Entwicklungszusammenarbeit aufrechterhalten bleiben. Dabei geht es nicht nur um finanzielle Unterstützung, sondern vor allem um Beratung, politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Technologie- und Know-how-Transfer. Kooperation ist nötig, weil Deutschland nur über Kooperationsprojekte seine eigenen außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen in diesen Ländern einbringen kann.

Die Rede von Erich G. Fritz am 3. Dezember finden Sie auf der Homepage www.erich-fritz.de unter der Rubrik Redebeiträge.

Schröder missachtet mit seinem JA zur Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China den Willen des Bundestages

Bundeskanzler Schröders Einsatz für eine Aufhebung des EU-Waffenembargos widerspricht in eklatanter Weise dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 28. Oktober 2004. Dieser hatte – auch mit den Stimmen von Rot-Grün – gefordert, die Aufhebung des EU-Waffenembargos gegenüber der Volksre-

publik China erst in Betracht zu ziehen, wenn Peking Fortschritte im Menschenrechtsbereich macht. Angesichts nach wie vor erheblich vorhandener Menschenrechtsverletzungen und der noch immer ungeklärten Taiwan-Frage ist Schröders Vorgehen unerhört. Die Zeit ist noch lange nicht reif für Waffenlieferungen nach China.

Union gratuliert Rumäniens Oppositionsführer Basescu zur Präsidentenwahl

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gratuliert Traian Basecsu zu seiner Wahl zum Staatspräsidenten Rumäniens. Dies ist ein erfreulicher Tag für die bürgerlich-liberale Opposition in Rumänien. Das bürgerliche Lager in Rumänien ist damit als politische Entscheidungs- und Gestaltungskraft wieder voll auf die politische Bühne zurückgekehrt.

EU-Beitritt zum 1.1.2007 muss Ziel sein

Die Union fordert Basecsu nun auf, umgehend alle notwendigen Schritte zu unternehmen, die einen EU-Beitritt Rumäniens zum 1.1.2007 ermöglichen. Denn trotz des Verhandlungsabschlusses mit der EU über einen Beitritt hat Rumänien noch erhebliche Verpflichtungen zu erfüllen: Kampf gegen die Korruption, Umsetzung der Justizreform, Beseitigung von Mängeln in der Rechtssicherheit, Beendigung der Subventionspolitik und Privatisierung. Nur wenn diese Herausforderungen erfolgreich gelöst werden, ist Rumäniens EU-Beitritt zum 1.1.2007 sicher.

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Visapraxis des Auswärtigen Amtes

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat mit ihrem Minderheitenrecht den sogenannten Schleuser-Untersuchungsausschuss eingesetzt.

Der Untersuchungsausschuss soll klären, ob Mitglieder der Bundesregierung oder andere Personen im Verantwortungsbereich der Bundesregierung seit Oktober 1998 gegen das geltende Ausländerrecht oder internationale Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland verstoßen haben. Dies gilt vor allem für die

Visavergabe-Praxis der deutschen Auslandsvertretungen in Moskau, Kiew, Tirana und Pristina. Zudem muss die Frage beantwortet werden, ob Schwarzarbeit, Prostitution, Frauenhandel, terroristische Handlungen oder sonstige Kriminalität wie etwa das Einschleusen von Ausländern ermöglicht wurden oder auf sonstige Weise die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet wurde.

Arbeitsbericht 2004 der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Auf der Homepage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (www.educsu.de) finden Sie in der linken Spalte den Arbeitsbericht 2004, der Ihnen einen Überblick über die konstruktive Oppositionspolitik der Union gibt.

Unionsregierte Bundesländer sind bei der Bildung führend

Die Studie „Bildungsmonitor Deutschland“ zeigt, dass die begabungsgerechten, gegliederten Schulsysteme in den unionsgeführten Bundesländern der leistungsfeindlichen Einheitschule von Rot-Grün überlegen sind.

Während unionsregierte Länder in dem Vergleich von Vor- und Grundschulen, Allgemein bildenden Schulen, Hochschulen und der beruflichen Bildung auf den ersten vier Plätzen landeten, lagen die SPD-geführten Länder nur im mittleren und unteren Feld der Tabelle.

Dies wie auch die Ergebnisse der Pisa-Studie zeigen, wie wichtig es ist, im Rahmen der Föderalismus-Verhandlungen auf eine Entflechtung im Bildungsbereich zu drängen. Die Sicherung von Qualitätsstandards darf nicht zentral auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner festgeschrieben werden.

Letzte Meldung: Verhandlungen der Föderalismus- kommission sind gescheitert

Die Verhandlungen zur Reform der bundesstaatlichen Ordnung sind am Freitag ange-

sichts von Differenzen vor allem bei den Zuständigkeiten in der Bildungspolitik gescheitert. Die Länder hatten sich mehrheitlich auf eine Position geeinigt, die auch die Zustimmung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gefunden hat. Der Bund sollte künftig nur noch über die Hochschulzulassung und über die Hochschulabschlüsse bestimmen können. Alles andere, insbesondere die Erhebung von Studiengebühren, sollte Sache der Bundesländer werden. Diesen Kompromiss wollte Rot-Grün nicht mittragen.

Damit ist das Ziel der Föderalismusreform, eine Entflechtung der Gesetzgebungskompetenzen und Finanzbeziehungen von Bund und Ländern und eine Reduzierung der Zahl der im Bundesrat zustimmungspflichtigen Bundesgesetze um mindestens ein Drittel herbeizuführen, misslungen.

In eigener Sache

Gerne übersenden wir Ihnen das Berlin intern künftig an Ihre E-Mail-Adresse. Sollten Sie von diesem Angebot Gebrauch machen wollen, informieren Sie mich bitte unter der E-Mail-Anschrift: erich.fritz@bundestag.de

***Besinnliche Weihnachten
und ein
glückliches Jahr 2005
wünscht***

